



PLATFORM FOR INTERNATIONAL COOPERATION ON UNDOCUMENTED MIGRANTS

PICUM-Rundbrief Juni 2007

Fertiggestellt am 6 Juni 2007

Der Schwerpunkt dieses Rundbriefes liegt auf Nachrichten und politischen Entwicklungen hinsichtlich der sozialen Grundrechte von Menschen ohne Papiere. Auf der PICUM-Webseite www.picum.org steht er in folgenden Sprachen zur Verfügung: Englisch, Deutsch, Niederländisch, Spanisch, Französisch, Italienisch und Portugiesisch. Wir laden Sie dazu ein, diesen Rundbrief weiter zu verbreiten.

Wollen Sie einen Beitrag zu einer Politik leisten, die Menschenrechte von Menschen ohne Papiere respektiert?

Spenden Sie an PICUM!

Ihr Beitrag ermöglicht es uns, unseren Kampf gegen Marginalisierung und Ausbeutung von Menschen ohne Papiere fortzusetzen.

Sie können Ihre einmalige oder regelmäßige Spende an PICUM unter der Kontonummer 001-2666785-67 (Fortisbank, Schepdaal (B), IBAN BE93 001366678567) leisten. Bitte geben Sie Ihren Namen, Ihre Adresse und als Referenz „Spende“ an.

Danke!

Inhaltsübersicht:

- [1. Tod an der Grenze](#)
- [2. Nachrichten aus den EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz und den USA](#)
- [3. Entwicklungen in der Europapolitik](#)
- [4. Kinder ohne Papiere](#)
- [5. Veranstaltungskalender](#)
- [6. Veröffentlichungen](#)
- [7. PICUM-Nachrichten](#)
- [8. Verschiedenes](#)

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass es im Juli 2007 keinen Rundbrief von PICUM geben wird. Die nächste Ausgabe erscheint im August 2007.

1. Tod an der Grenze

- *Guerre aux Migrants* (Krieg gegen Migrant/inn/en) ist eine überarbeitete Version des *Livre noir de Ceuta & Melilla* (Schwarzbuch Ceuta & Melilla), herausgegeben von Emmanuel Blanchard und Anne-Sophie Wender, erschienen bei Migreurop. Das Buch deckt die Geschichten der

Migrant/inn/en auf, die im Herbst 2005 versuchten, in Ceuta und Melilla Zugang zu spanischem Territorium zu erhalten, und davon von spanischen und marokkanischen Behörden und Polizei gehindert wurden. Das Buch erklärt, inwiefern diese Ereignisse eine Konsequenz der Politik der EU sind, und streicht heraus, wie internationale Menschenrechtsstandards durch diesen Krieg gegen Migrant/inn/en verletzt wurden. http://www.syllepse.net/lng_FR_srub_25_iprod_352-Guerre-aux-migrants.html

- Die senegalesische Regierung entschied sich am 25. April 2007, einer Gruppe von 87 undokumentierten Migrant/inn/en zu erlauben, auf seinem Territorium an Land zu gehen. Dieses Zugeständnis erfolgte angesichts der beharrlichen Weigerung Mauretaniens, irgendwelche Unterstützung zu leisten. Ein spanisches Fischerboot hatte die Migrant/inn/en drei Tage zuvor in Seenot gesichtet. Die mauretanischen Behörden wurden um Hilfe gebeten, weil das Schiff, das in Gefahr war zu sinken, sich nur 50 Seemeilen von ihrer Küste entfernt befand. An Bord des Schiffs waren 89 Migrant/inn/en, von denen zwei bereits tot waren. Laut Angaben von Überlebenden waren bereits 10 weitere während der Reise gestorben und ihre Leichen über Bord geworfen worden. *Quelle: Migration News Sheet, Mai 2007, S.8*
- Ein 15jähriges Mädchen ertrank und zwei weitere, ein einjähriges Baby und ein Mann, wurden als vermisst gemeldet, als Menschenschmuggler eine Gruppe kurdischer Migrant/inn/en in der Nähe der Ägäisinsel Leros am 27. April 2007 ins Wasser warfen. Neun Menschen, sieben Männer und zwei Frauen, wurden von einheimischen Booten gerettet und zur Beobachtung in ein Gesundheitszentrum auf Leros gebracht. (*Egnatia Thessalonikis, Kathimerini, 28. April*)
- Unter den Passagieren eines Bootes, das am 28. April 2007 auf den Kanarischen Inseln gelandet ist, waren drei Tote. Quelle: El Pais, www.fortresseurope.blogspot.com
- Ein Migrant starb am 30. April 2007 im Inselkrankenhaus von Las Palmas, wo er wegen Unterkühlung und Dehydrierung in kritischem Zustand eingewiesen worden war, nachdem er einen Tag zuvor 60 Meilen vor Gran Canaria gerettet worden war. Quelle: El Pais, www.fortresseurope.blogspot.com
- Mehr als 75 undokumentierte Haitianer/innen, deren Boot in der Karibischen See gekentert war, wurden am 4. Mai 2007 von der Polizei vor den Turks- und Caicosinseln nördlich von Miami, USA, tot aufgefunden. 78 weitere überlebten. Quelle: Canarias 7 <http://communisme.wordpress.com/2007/05/13/refugies-haitiens-tues-dans-des-eaux-infestees-de-requins/>
- Sieben Algerier, die vor den Baleareninseln (Spanien) ohne Wasser und Nahrung in einem Boot treibend gefunden worden waren, wurden von einer P&O-Fähre an Bord genommen, wie am 7. Mai 2007 berichtet wurde. Ein Mann starb, nachdem er in Spanien in ein Krankenhaus gebracht worden war, die anderen Männer wurden nach Großbritannien gebracht. <http://www.theherald.co.uk/news/other/display.var.1380350.0.0.php>
- Ein marokkanischer Migrant wurde am 7. Mai 2007 nach einer Überfahrt mit drei seiner Landsleute in einem Schlauchboot in der Nähe der sizilianischen Küste tot aufgefunden. Die italienische Innenministerin Marcella Lucidi drückte angesichts dieses "x-ten Opfers der Überfahrt der Hoffnung" ihr Mitgefühl aus. Laut der Presseagentur ANSA hielten sich drei der vier Marokkaner bei ihrer Entdeckung durch die Retter am Boot fest, der vierte wurde tot an Bord gefunden. <http://www.yabiladi.com/article-societe-1856.html>

- 13 Menschen ertranken am 11. Mai 2007, nachdem ihr Holzboot auf dem Weg nach Spanien vor Nador sank. Quelle: Le Journal, www.fortresseurope.blogspot.com
- Ein Boot wurde am 20. Mai 2007 vor Lampedusa (Italien) geborgen. Die Überlebenden berichteten, dass zwei Menschen während der Überfahrt gestorben waren und ihre Leichen ins Meer geworfen worden waren. Quelle: Ansa, www.fortresseurope.blogspot.com
- Ein Mann wurde als vermisst gemeldet, nachdem am 21. Mai 2007 ein Boot 70 Meilen südlich von Malta gekentert war. Quelle: Ansa, www.fortresseurope.blogspot.com
- Die senegalesische Polizei barg am 23. Mai 2007 an der Nordküste von Lompoul (etwa 190 km von Dakar) ein Boot, in dem sich drei Verstorbene und zwei Überlebende befanden, die versucht hatten, die Kanarischen Inseln zu erreichen. <http://medios.mugak.eu/noticias/noticia/99845>
- Am 1. Juni 2007 fand das französische Marineschiff "La Motte Picquet" südlich von Malta die Leichen von 21 ertrunkenen Migrant/inn/en. Quelle: Repubblica, www.fortresseurope.blogspot.com
- Viele NGOs, die sich mit Migrationsthemen, Flüchtlingen und Asylsuchenden befassen, werden am 20. Juni 2007 in ganz Europa Aktivitäten setzen, um das öffentliche Bewusstsein zu erhöhen und sich auf dem ganzen Kontinent auf lokaler und nationaler Ebene für die Rechte und den Schutz von Flüchtlingen einzusetzen. Die Aktion ist Teil einer Kampagne, um die "tödliche Realität der Festung Europa" anzuprangern. <http://www.unitedagainstracism.org>
- Anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20. Juni 2007 ruft der Jesuitische Flüchtlingsdienst (JRS) die Regierungen dazu auf, an den Verlust an Leben zu denken und Handlungen zu setzen, die das menschliche Leben über eine lückenlose Grenzsicherheit stellen. Während Regierungen ein Recht darauf haben, ihre Grenzen zu verwalten, ist dieses Recht jedoch nicht absolut. Sie haben auch die Verpflichtung, diejenigen zu schützen, die vor Verfolgung und ernsten Menschenrechtsverletzungen fliehen, und alles in ihrer Macht stehende zu tun, unnötigen Verlust an Menschenleben zu vermeiden. Im Andenken an diejenigen, die starben und Europa nie erreicht haben, wird das JRS in Zusammenarbeit mit der belgischen Organisation Kerkwerk Multicultureel Samenleven am 15. Juni eine interreligiöse Gebetswache abhalten. Kontakt: press.europe@mail07.jrs.net
- *Mamadou s'en va mourir* (Mamadou geht sterben) ist ein Buch des italienischen Journalisten Gabriele Del Grande über die Tausende von undokumentierten Migrant/inn/en, die im Mittelmeer und im Atlantik sterben. Nach einer dreimonatigen Recherche auf den Routen der irregulären Migration im Sahel und in Nordafrika berichtet er von dem Leidensweg dieser Migrant/inn/en, die von Menschenschmugglern und der Polizei verfolgt werden. http://www.rfi.fr/actufr/articles/089/article_51935.asp

2. Nachrichten aus den EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz und den USA

Allgemein

- Am internationalen Frauentag, dem 8. März 2008, will La Strada International eine (Medien-) Kampagne über Frauenrechte in den Ländern, in denen La Strada vertreten ist, starten. Die Kampagne soll das Fehlen/ die Verletzung von Frauenrechten und die ungleiche soziale und wirtschaftliche Lage der Frauen in Mittel- und Osteuropa, die die Hauptursache für Frauenhandel sind, bewusster machen. Obwohl in fast jeder Debatte und in (internationalen) Verträgen, Maßnahmen oder Programmen die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ursachen für den Menschenhandel genannt werden, wird dem geschlechtlichen Aspekt sehr wenig Aufmerksamkeit

gewidmet und es wird wenig unternommen, diese Ursachen zu beseitigen. Kontakt:
mvd@lastradainternational.org

UN

- Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte von Migrant/inn/en, Jorge Bustamente, sagte am 9. Mai 2007, er sei schockiert über die Verletzungen von Migrant/inn/enrechten in vielen Teilen des Landes. "Die Menschenrechtsverletzungen in den USA durch manche Regierungsbeamte und Teile der amerikanischen Gesellschaft, die sich gegen Einwanderer wenden, nehmen überhand", sagte der Sonderberichterstatter. Die drei Wochen dauernde Untersuchungs-Mission von Bustamente war das erste Mal, dass die UNO einen Beamten schickte, der die Behandlung von Millionen von Migrant/inn/en durch die US-Regierung – mit legalem Aufenthalt oder undokumentiert - die innerhalb ihrer Grenzen leben, eingehend untersuchte.
www.miamiherald.com/460/story/101812.html und
<http://www.december18.net/web/papers/view.php?paperID=5236&menuID=41&lang=EN>

Frankreich

- Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Frankreich am 26. April 2007 der Verletzung des Art. 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf wirksame Rechtsmittel) in Verbindung mit Art. 3 beschuldigt, weil die an der Grenze durchgeführten Berufungsverfahren bei Asylentscheidungen nicht automatisch aufschiebende Wirkung haben. http://www.mouvement-egalite.org/breve.php?id_breve=86; <http://www.anafe.org/doc/communiques/com-75.html>
- Am 22. Mai 2007 haben verschiedene NGOs, (ACAT France, ADDE, amnesty international, ANFE, CIMADE, GISTI, LDH, MRAP, SAF, Syndicat de la Magistrature) bezüglich der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (s.o.) einen offenen Brief an den Einwanderungsminister geschrieben. Darin fordern sie, der Staat müsse umgehend aufhören, Menschen abzuschicken, bevor es eine klar begründete Gerichtsentscheidung über ihren Fall gibt, und müsse die Gesetzgebung dahingehend ändern, dass geeignete Regeln für Berufungen die aufschiebende Wirkung sicherstellen. http://www.gisti.org/IMG/pdf/lettre-ouverte-mi_2007-05-22.pdf

Großbritannien

- Mehr als 8.000 Menschen (mit und ohne Papiere) nahmen am 7. Mai 2007 in London an einer Rallye für die Kampagne "Strangers into Citizens" (*Fremde zu Bürger/inn/en*) (s. PICUM Newsletter März 2007) teil, und forderten die Regularisierung von undokumentierten Migrant/inn/en. S. www.ncadc.org.uk. 79 Britische Parlamentsmitglieder unterstützen die Kampagne und fordern ebenfalls eine Regularisierung von undokumentierten Migrant/inn/en.
<http://politics.guardian.co.uk/person/browse/mps/az/0,9379,-272,00.html>
- Der British Court of Appeals (*britisches Berufungsgericht*) hat am 23. Mai 2007 gegen den Innenminister entschieden, und das Recht nicht-europäischer Staatsbürger/innen, die in echten Beziehungen leben, bekräftigt, in Großbritannien unabhängig von ihrem Migrationsstatus zu heiraten. Nach den 2005 eingeführten Regelungen müssen Nicht-Europäer/innen mit befristeter Aufenthaltserlaubnis ein Verlobungsvisum oder eine Heiratserlaubnis des Innenministeriums vorlegen, um in einer gesetzlich anerkannten Zeremonie in Großbritannien verheiratet zu werden.
<http://www.irr.org.uk/2007/may/ks000020.html>,
<http://politics.guardian.co.uk/homeaffairs/story/0,,2086374,00>

- Gespräche über die Umsetzung der harten Gesetzgebung zur Verhinderung undokumentierter Arbeit haben am 15. Mai 2007 zwischen Innenministerium und Industrie begonnen. Die neuen Regelungen sehen Haftstrafen oder unbegrenzte Bußen vor, wenn Arbeitgeber wissentlich Arbeiter/innen ohne Arbeitserlaubnis beschäftigen. Zivilstrafen sind auch für Firmen vorgesehen, die bei der Überprüfung der Arbeiter/innen nachlässig sind. Die neuen Maßnahmen treten Anfang 2008 in Kraft und sind Teil eines "Illegal Working Action Plan" (*Aktionsplan zu illegaler Arbeit*) des Innenministeriums, der durch die neue "Border and Immigration Agency" (BIA – *Grenz- und Einwanderungsagentur*) koordiniert wird. Quelle: Home Office und Border and Immigration Authority.
<http://www.ind.homeoffice.gov.uk/aboutus/newsarchive/rougeemployers>
- Im April 2007 hat Kalayaan, eine Organisation für die Unterstützung von hausangestellten Migrant/inn/en in Großbritannien ein Kommuniqué über "Migrant Domestic Workers and Trafficking" (*hausangestellte Migrant/inn/en und Menschenhandel*) sowie eine Reaktion auf den Vorschlag der Regierung für hausangestellte Migrant/inn/en veröffentlicht. <http://www.kalayaan.org.uk/>
- Medical Justice (ein Netzwerk von Asylgefangenen, Ärzt/inn/en, anderen Expert/inn/en und Unterstützer/inne/n) hat verschiedene Vereinbarungen und Änderungen der Politik mit dem Innenministerium verhandelt, die für das Wohlergehen und die Rechte von Häftlingen der Einwanderungsbehörde eintreten. Diese Vereinbarungen werden - wenn sie eingehalten werden - nach Aussage von Medical Justice Gesundheit und humanitäre Versorgung der Gefangenen verbessern. <http://www.medicaljustice.org.uk/briefings/EnforcingAgreements.htm>

Belgien

- CRER, die Koordination gegen Razzien, Ausweisungen und für Regularisierung, berichtete am 21. Mai 2007, dass in den letzten Wochen in Brüssel eine "Jagd auf undokumentierte Migrant/inn/en" stattgefunden hat. Durch Repression, Kontrollen (im öffentlichen Nahverkehr, auf öffentlichen Plätzen, an den Wohnorten undokumentierter Migrant/inn/en) und Razzien sollten so viele Migrant/inn/en wie möglich vor einer möglichen Regularisierungskampagne nach den Wahlen in Belgien am 10. Juni 2007 abgeschoben werden. So wird die Anzahl der Personen verkleinert, die von einer solchen Regularisierung profitieren könnte.
http://www.cncd.be/pages/actu_age_det.cfm?agenda_id=1580
- Eine Demonstration für die Regularisierung undokumentierter Migrant/inn/en ist für den 17. Juni 2007 in Brüssel geplant. Sie wird von von Asyl- und Migrationsforum, UDEP, den Gewerkschaften ACV-CSC und ABVV-FGTB organisiert und soll die Notwendigkeit eines gerechten und transparenten Regularisierungsverfahrens für viele Personen betonen, die ein Teil der belgischen Gesellschaft sind, obwohl sie weder rechtlich noch in der Verwaltung vertreten sind. Quelle: ECRE, wöchentliches Update vom 31. Mai.
- Die NGO Abraço veranstaltet am 24. Juni 2007 in Brüssel eine öffentliche Debatte über die Rechte von undokumentierten Arbeiter/inne/n. Die Debatte findet auf französisch und portugiesisch statt und konzentriert sich vor allem auf brasilianische undokumentierte Migrant/inn/en. Unterschiedliche Themen wie Arbeitsrecht für Arbeiter/innen in irregulärer Beschäftigung und Probleme mit Arbeitgebern werden diskutiert. Kontakt: info@abraco-asbl.be
- Am 1. Juli 2007 treten die neuen Gesetze über den Zugang zu belgischem Territorium und über den Gerichtshof für Ausländersachen entsprechend europäischer Verordnung in Kraft. Sie beinhalten Modifikationen der Regularisierungen betreffend Einreise, Aufenthalt, Niederlassung und Abschiebung ausländischer Bürger/innen, und werden auch den Staatsrat reformieren und ein

neues Verwaltungsgericht schaffen - den Gerichtshof für Ausländersachen (Conseil du Contentieux des étrangers). Die NGO ADDE (Vereinigung für die Rechte von Ausländer/inne/n) organisiert am 8. Juni 2007 in Brüssel eine Trainingssitzung zu den grundlegenden rechtlichen Änderungen.
<http://www.hrj.be/doc/2007-023-218-F.pdf>

Niederlande

- Asylsuchende, die in ihrem Asylantrag falsche Angaben zu Identität oder Hintergrund gemacht haben, fallen unter die Generalamnestie (siehe *PICUM Newsletter Mai 2007*). In ihrem Koalitionsvertrag hatten sich die Christdemokraten (CDA), Arbeiterpartei (PvdA) und die kleine Partei ChristenUnie bereits früher darauf geeinigt, dass es eine einmalige Amnestie für Asylsuchende, deren Antrag verweigert wurde und die vor dem 1. April 2001 Asyl beantragt haben und seitdem in den Niederlanden verblieben sind, geben würde. Quelle: ECRE, wöchentliches Update 28. Mai, siehe auch: http://www.nisnews.nl/public/280407_1.htm

Finnland

- Die Tageszeitung "Helsingin Sanomat" berichtete am 12. April 2007, dass das Einwanderungsdirektorat zum ersten Mal seit der Änderung des Ausländergesetzes vom August 2006, das solche Maßnahmen nun vorsieht, einem Opfer von Menschenhandel eine unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung verliehen hat. Tutta Tuomainen, Direktorin der Einwanderungsabteilung des Direktorats, hob hervor, dass eine Aufenthaltsgenehmigung gewährt werden kann, auch wenn die Aussage des Opfers nicht zu einer Verurteilung führt. Quelle: Migration News Sheet, Mai 2007, S.7

Schweiz

- Die Schweizer Caritas veröffentlichte ein Positionspapier mit dem Titel "Où en est la politique migratoire de la Suisse?" (Wo steht die Schweizer Migrationspolitik?). In diesem Dokument verlangt die Schweizer Caritas Grundrechte für undokumentierte Migrant/inn/en und die Regularisierung derer, die bereits einige Jahre in der Schweiz leben.
http://web.caritas.ch/page2.php?pid=1100&fv_100_feature_id=780&fv_100_freecontentcategory_id=802&fv_100_freecontententry_id=9107

USA

- Eine Zweiparteinengruppe von US-Senatoren erreichte am 17. Mai 2007 eine Einigung über eine Reform, die Millionen von illegalen Einwanderern legalisieren und ein auf Leistung basiertes System für zukünftige Migrant/inn/en aufbauen soll.
<http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/WAT007517.htm>
- Ein Besitzer einer Textilfabrik in New Bedford, Connecticut, der wegen der Beschäftigung von undokumentierten Migrant/inn/en angeklagt ist, wurde beschuldigt, diese undokumentierten Migrant/inn/en während der letzten drei Jahre um hunderttausende Dollar an Löhnen betrogen habe. Fünf ehemalige und ein derzeitiger Angestellter von Michael Bianco Inc. klagten am Federal District Court in Boston. Sie beschuldigten die Firma eine Scheinfirma, Front Line Defense Inc., errichtet zu haben, um für Überstunden nicht den eineinhalbfachen Lohn zahlen zu müssen.
http://www.boston.com/news/local/articles/2007/05/16/workers_sue_over_pay_at_new_bedford_pla_ni/
- Die Wähler/innen in einem Vorort von Dallas, Texas, stimmten am 13. Mai 2007 mit überwältigender Mehrheit einer Maßnahme zu, die es Hauseigentümern verbietet, an

undokumentierte Migrant/inn/en zu vermieten Mehr als 90 Stadtverwaltungen haben landesweit ähnliche Maßnahmen vorgeschlagen, aber der Vorort Farmers Branch war der erste, der das Thema zur Wahl stellte. Das texanische Bestimmung, die 2006 vom Stadtrat angenommen worden war, verlangt von den Hausverwaltungen zu verifizieren, dass die Mieter US-Bürger/innen oder legale Einwanderer sind, bevor sie vermieten. Minderjährige und Personen über 62 Jahren sind ausgenommen. Familien, zu denen sowohl Bürger/innen als auch undokumentierte Migrant/inn/en gehören, können unter bestimmten Voraussetzungen mieten. Gegner/innen haben angekündigt, dass sie um eine einstweilige Verfügung ansuchen würden, um die Durchsetzung des Verbots zu blockieren, während sie es vor Gericht anfechten.

<http://www.suntimes.com/news/nation/383750,CST-NWS-imm13.article>

3. Entwicklungen in der Europapolitik

Allgemein

- Bei einem Treffen am 11. und 12. Mai in Venedig haben sich die Innenminister von Deutschland, Frankreich, Spanien, dem Vereinigten Königreich, Italien und Polen auf eine gemeinsame Kampagne gegen irreguläre Einwanderung, Drogen und Terrorismus geeinigt. Das Treffen wurde als informeller Dialog zur Vorbereitung von EU-Gesetzen in Bereichen gemeinsamen Interesses dargestellt, die der Sicherung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit in der EU dienen. Die G6 waren sich darüber einig, dass ein besseres Management der legalen Migration notwendig ist, wenn man irreguläre Migration und die kriminellen Netzwerke, die von ihr profitieren, effektiv bekämpfen will. Die Minister betonten die Bedeutung des Informationsaustauschs, der Verbesserung der Kommunikation und der gegenseitigen Unterstützung bei der Kontrolle von Migration auf europäischer und nationaler Ebene. Ein umfassender gemeinsamer Ansatz des Dialogs und der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern soll gefördert und entwickelt werden. Das Spannungsfeld zwischen dem Bedürfnis, die nationale Sicherheit zu schützen und der Notwendigkeit, die Menschenrechte jener zu schützen, die man als Bedrohung wahrnimmt, wurde als Schwierigkeit hervorgehoben, der die Länder bei der Umsetzung einer effektiven Abschiebepolitik gegenüberstehen.

<http://www.state.wat.ch.org/news/2007/may/05venice-g7-may-2007.htm>

- Das 8. Ministerialtreffen der EU-Troika und der Afrikanischen Union (AU) fand am 15. Mai 2007 in Brüssel statt. Die Ergebnisse der Afrika-EU-Konferenz zu Migration und Entwicklung, die am 22. und 23. November 2006 in Tripoli stattfand, wurden begrüßt, und EU und AU bekräftigten ihre Unterstützung des Programmentwurfs. Die Minister forderten die AU und die Europäische Kommission auf, eine Roadmap zur Umsetzung der gemeinsamen Erklärung, die beim nächsten Troikatreffen verabschiedet werden soll, zu entwickeln.

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/May/0516AAEUtroika.html?

Europäische Kommission

- Die Grenzkontrollagentur der EU, Frontex, und EU Mitgliedsstaaten starteten am 24. Mai 2007 das erste gemeinsame Seegrenzenüberwachungssystem und nahmen das Europäische Grenzpatrouillennetzwerk (EBPN) in Betrieb. Das EBPN besteht aus einem Netzwerk von Seepatrouillen, die Migrant/inn/en beim Versuch, die EU auf irregulärem Wege über das Mittelmeer oder die atlantische Südwestküste der EU zu erreichen, abfangen werden. Das Ziel des Netzwerkes ist es, durch "kostengünstige" operationelle Koordination zwischen den verantwortlichen nationalen Behörden die irreguläre Zuwanderung in die EU über die südlichen Seegrenzen zu verhindern. Die operationellen Aktivitäten, die am 24. Mai begannen, stellen die erste Phase in der Schaffung von

dauerhaften operationellen Aktivitäten dar; nach einer Evaluierung der ersten Phase Anfang Juli steht in der zweiten Phase des Europäischen Grenzpatrouillennetzwerkes die Ausarbeitung einer flexiblen Lastenteilungsstruktur an, die sich leicht den sich verändernden Bedürfnissen der Mitgliedsstaaten anpassen kann.

<http://www.ecre.org/files/ECRAN%20Weekly%20Update%2031st%20May.pdf>

- Vizepräsident Frattini präsentierte am 10. Mai 2007 in Potsdam die zweite Ausgabe des *Handbuchs zur Integration* bei einem informellen Treffen der für Integration verantwortlichen EU-Minister. Durch das Sammeln und die Präsentation von konkreten Beispielen aus verschiedenen Bereichen der Integration von Einwanderern fügt sich das Handbuch in einen größeren politischen Prozess in der EU im Bereich der Integration ein, insbesondere in die Entwicklung eines Europäischen Rahmens für Integration.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/650&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
- Zwei Mitteilungen, die von der Kommission am 16. Mai 2007 angenommen wurden, stellen die externe Dimension der Migration in den Mittelpunkt. Die Mitteilung zur "Anwendung des globalen Ansatzes bezüglich Migration auf die östlichen und südöstlichen Nachbarregionen der Europäischen Union" erweitert die geographische Reichweite des globalen Ansatzes des Europäischen Rats bezüglich Migration. Der globale Ansatz vereinigt Migrationspolitik, Außenbeziehungen und Entwicklungspolitik, um das Problem der Migration in Zusammenarbeit mit Drittstaaten zu behandeln. Die Mitteilung schlägt vor, die Türkei, die Länder des westlichen Balkans und die Partnerländer der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Osten und dem Nahen Osten in den globalen Ansatz mit einzubeziehen, zusätzlich zu den Ländern in Afrika und der Mittelmeerregion, die bereits einbezogen sind. Der Schwerpunkt der Mitteilung liegt auf der Erleichterung von Arbeitsmigration, um das wirtschaftliche Wachstum und die Stabilität in der Region zu maximieren, und auf der Maximierung des wirtschaftlichen Nutzens für die EU-Mitgliedsstaaten. Eine zweite Mitteilung schlägt die Eröffnung von legalen Migrationsmöglichkeiten vor, insbesondere für qualifizierte Arbeiter/innen. Die Vorschläge enthalten Maßnahmen zur Erleichterung zirkulärer Migration, die es Arbeiter/innen ermöglichen würde, für begrenzte Zeiträume nach Europa zu kommen. Die Kommission hofft, dass eine derartige zirkuläre Migration Länder aus Afrika und Osteuropa zur Zusammenarbeit im Rahmen von Vereinbarungen, die sie verpflichten, irreguläre Migrant/innen zurückzunehmen, motivieren würde.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/678&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> und http://www.ecre.org/topics/intro_to_topics

3. Entwicklungen in der Europapolitik

- Am 16. Mai präsentierte die Europäische Kommission einen Entwurf neuer Richtlinien, nach denen die Arbeitgeber/innen von undokumentierten Migrant/innen bestraft werden sollen. Die Richtlinie führt für Arbeitgeber/innen, die spezifische Kontrollen unterlassen oder aber nicht die zuständigen nationalen Behörden benachrichtigen, wenn sie Angehörige von Drittstaaten rekrutieren, verschiedene Strafen ein. Diese Strafen beinhalten Bußen, aber auch Verwaltungsverfahren, die betroffene Firmen von öffentlichen Geldern und Verträgen ausschließen. Die Mitgliedsstaaten haben auch zu gewährleisten, dass undokumentierte Migrant/innen Beschwerden gegen Arbeitgebende geltend machen können. Außerdem sollen undokumentierte Migrant/innen nicht abgeschoben werden, bevor sie unbezahlte Löhne, Steuerbeiträge und Sozialversicherungsbeiträge erhalten haben. Zusätzlich müssen die Staaten auch Strafmaßnahmen im Falle von wiederholten Gesetzesübertretungen, Anstellung einer großen Zahl von undokumentierten Migrant/innen, besonders missbräuchlichen Arbeitsbedingungen oder dem

bewussten Anstellen von Opfern des Menschenhandels implementieren. Die Richtlinie spezifiziert, dass Regierungen mindestens 10 % der Firmen nach undokumentierten Migrant/innen überprüfen und alle drei Jahre der EU-Kommission über die Umsetzung des Gesetzes Bericht erstatten müssen. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/678&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

- Die EU-Kommission plant im September 2007 die Vorstellung von zwei Vorschlägen für neue Richtlinien zu den Themen legale Migration und einen Bericht über die Integration. Die Vorschläge stellen die erste Phase der Umsetzung des politischen Plans über legale Migration dar. Die erste Richtlinie handelt von den Bedingungen der Zulassung von hochqualifizierten Arbeitskräften, die zweite von den Rechten der angestellten legalen Migrant/inn/en. Diese Vorschläge sollen die Attraktivität der EU für die vermehrt benötigte Kategorie der hochqualifizierten Arbeitenden steigern. Zudem sollen die Richtlinien den Drittstaatenangehörigen dieses Bereichs ein vergleichbares Maß an Rechten innerhalb der gesamten EU garantieren, bevor sie die Bedingungen für einen Langzeit-Aufenthaltsstatus erfüllen. Der dritte jährliche Bericht zu Migration und Integration, der einen Überblick über Integrationspolitiken und Maßnahmen in der EU bietet, wird Teil des Pakets sein, das im September präsentiert wird. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/188&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
- Der Sprecher der EU-Kommission für Justiz und innere Angelegenheiten räumte im Licht der katastrophalen Vorfälle im Mittelmeer Anfang Juni ein, dass die EU-Politik gegen die illegale Migration bisher nicht den gewünschten Effekt habe. Frisco Roscam Abbing forderte die Mitgliedsstaaten auf, zusammen unmenschliche Behandlung und den Verlust von Menschenleben im Zusammenhang von irregulärer Migration zu verhindern. „Die Zusammenarbeit funktioniert nicht“, sagte er am Dienstag, 29. Mai. „Wir rufen die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verteilung der Lasten zu verbessern, um humanitäre Tragödien zu verhindern“. Herr Roscam Abbing betonte auch die moralische und gesetzliche Verantwortung von Schiffskapitänen, Leben zu retten. Die EU arbeitet daran, den Fall von 27 Personen zu überprüfen, die tagelang an Fischfangnetzen hingen, nachdem sie Schiffbruch erlitten hatten, und andere Boote es ablehnten, sie an Bord zu nehmen. Weitere Anschuldigungen sollen ebenfalls überprüft werden. Berichte, dass Migrant/inn/en auf hoher See nicht gerettet wurden, obwohl sie von europäischen Schiffen gesichtet worden waren, und dass Schiffen mit Migrant/inn/en an Bord die Einfahrt in europäische Häfen verweigert wird, werden ebenfalls untersucht werden. <http://www.ecre.org/files/ECRAN%20Weekly%20Update%2031st%20May.pdf>

EU-Parlament

- Das europäische Parlament hat am 25. Mai einen Bericht, der für angemessene Arbeit für alle wirbt, angenommen und für schnelles Handeln plädiert, damit sichergestellt wird, dass die Europäische Kommission die Empfehlungen umsetzt. Unter anderem empfiehlt der Bericht das Einbeziehen des Plans für angemessene Arbeit in die multilateralen und bilateralen Verhandlungsmandate der EU, die durch die Strategie des „globalen Europa“ entstehen; das Einbeziehen angemessener Arbeit in Entwicklungsstrategien, indem sie in Armutsbekämpfungsstrategiepapiere und Verhandlungen von wirtschaftlicher Partnerschaftsabkommen eingefügt wird. Darüber hinaus fordert er die Bestrafung von Regierungen, die die ILO-Standards nicht vollständig umsetzen, im Rahmen des allgemeinen Präferenzsystems der EU. Harlem Desir, sozialistischer MdEP und Schattenberichterstatter, begrüßte die Annahme des Berichtes. Quellen: ITUC on Line 094/240507 und <http://www.euractiv.com/en/social/europe/eu-promote-decent-work-meps/article-163962>

Europarat

- Portugals Außenminister Luís Amado hat am 15. Mai 2007 in einer Rede in Brüssel die Prioritäten der nächsten Ratspräsidentschaft umrissen. Portugal wird dem Europarat ab 1. Juli 2007 für sechs Monate vorstehen. Als Hauptthemen nannte er „die Anpassung an neue Bedrohungen der Sicherheit nach dem 11. September“ und die Stärkung der internationalen Rolle der EU. Portugals Ministerpräsident José Sócrates meint, dass die südliche Grenze Europas jetzt gestärkt werden müsse, und mehr Kooperation zu Problemen wie Migration, Energie, Entwicklung und Menschenrechte in der Mittelmeerregion nötig sei. Beim ersten EU-Afrika-Gipfel seit langem wird Portugal den Vorsitz haben. Quellen: <http://www.euractiv.com/en/constitution/portuguese-foreign-minister-outlines-presidency-priorities/article-163822> und <http://www.iht.com/articles/ap/2007/05/15/europe/EU-GEN-EU-Portugals-Problems.php> und http://www.ecre.org/topics/intro_to_topics
- Die Innenminister der aktuellen und folgenden EU-Präsidentschaften sind dem Aufruf des deutschen Innenministers Wolfgang Schäuble gefolgt, eine Konsultationsgruppe zur Zukunft der europäischen Innenpolitik auf hohem Niveau einzuführen. Die neu gegründete "Zukunftsgruppe" traf sich vom 20. bis 21. Mai 2007 im deutschen Eltville zum ersten Mal. Sie setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: dem EU-Kommissions-Vizepräsidenten Franco Frattini, den sechs Innenminister/innen der aktuellen und folgenden Präsidentschafts-Trios (Deutschland, Portugal, Slowenien / Frankreich, Tschechien und Schweden) und eines Vertreters/ einer Vertreterin des anschließenden Präsidentschafts-Trios (Spanien, Belgien und Ungarn) und Expert/inn/en aus einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese Gruppe soll einen Bericht mit Empfehlungen zur europäischen Innenpolitik nach dem Ende des Haager Programms 2010 erstellen. Dieser Bericht wird der EU-Kommission vorgestellt und wird die Grundlage für einen Programmvorschlag bilden, der nach 2010 in Kraft tritt. Die Ziele des neuen Programms sind die Verbesserung existierender gesetzlicher Instrumente und die Erhöhung der Effizienz des Rates. Die Diskussionen des ersten Gruppentreffens konzentrierten sich auf die Zukunft von FRONTEX und die Kooperation der Grenzpolizei mit Drittstaaten. Die Einrichtung einer gemeinsamen europäischen Grenzpolizei wurde ausdrücklich als Möglichkeit in der ferneren Zukunft diskutiert. Im Hinblick auf das gemeinsame Grenzmanagement wurden Entwürfe zur Einrichtung eines Ein- und Ausreisensystems und einer elektronischen Reisebehörde (Electronic Travel Authority - ETA) für den Schengen-Raum ausgearbeitet. Quelle: <http://www.ecre.org/files/ECRAN%20Weekly%20Update%2031st%20May.pdf>

Ausschuss der Regionen

- Ian Micallef, Vorsitzender der Delegation der maltesischen Europäischen Volkspartei am Ausschuss der Regionen (AdR), wird eine Ausschussdebatte über die Bekämpfung der illegalen Einwanderung moderieren. Bis Oktober wird eine formelle Stellungnahme des Ausschusses über die aktuellen Initiativen der Kommission erwartet. Micallef befürwortet die Teilnahme von lokalen und regionalen Behörden in Kooperationsplattformen, die von der europäischen Kommission vorgeschlagen wurden. Diese Plattformen werden die Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Ländern, EU-Mitgliedsstaaten und internationalen Organisationen erleichtern, um die Migration effizienter zu verwalten. http://www.ecre.org/topics/intro_to_topics
- Laut einem Bericht über "die Situation von unbegleiteten Minderjährigen - die Rolle und die Vorschläge lokaler und regionaler Behörden", der von der Plenarversammlung des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union im Oktober 2006 angenommen wurde, muss in der EU das Bewusstsein über das Problem unbegleiteter Minderjähriger stärker entwickelt werden. "Der Schutz von unbegleiteten Minderjährigen muss in anbetracht ihrer großen Verletzlichkeit und des Risikos

gesellschaftlichen Ausschlusses innerhalb der Europäischen Union Vorrang haben."
<http://www.cor.europa.eu/cms/pages/documents/const/en/Avis/CdR%20136-2006.pdf>

Europarat

- Die Konvention des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels feiert am 3. Mai 2007 ihren zweiten Jahrestag. Für das Inkrafttreten der Übereinkunft fehlen noch drei Ratifizierungen. NGOs in ganz Europa rufen ihre Regierungen dringend dazu auf, die Konvention zu ratifizieren. Sechs internationale Dachverbände (einschließlich PICUM) haben sich außerdem an den Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, gewandt und um seine Unterstützung als Katalysator für eine schnelle Umsetzung der Konvention durch ihre Mitglieder geworben, und ihn gebeten, die notwendigen Schritte zu setzen, damit die Europäische Kommission Teil dieser Konvention wird.
http://www.lastradainternational.org/?main=newsletter§ion=newsfacts&news_id=221

4. Kinder ohne Papiere

- Aus Anlass des 15. Jahrestages der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention wies die deutsche Organisation Pro Asyl in einer Presseerklärung vom 4. April 2007 auf die ständigen Verletzungen der Rechte von Flüchtlingskindern in Deutschland hin, und forderte von Bundeskanzlerin Merkel, sich entschieden dafür einzusetzen, dass die deutsche Vorbehaltserklärung zur Kinderrechtskonvention zurückgenommen wird. Der aktuelle Entwurf zur Umsetzung von EU-Richtlinien in deutsches Recht beinhaltet jedoch eine Verschlechterung der rechtlichen Lage, zum Beispiel müssen minderjährige Flüchtlinge künftig die Beweislast für den Nachweis ihres Alters selbst tragen.
http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Newsletter_Anhaenge/123/April_4.dot
- Der belgische Abgeordnete des flämischen Parlaments Lodo Sannen gab am 1. April 2007 bekannt, dass der belgische Innenminister Patrick Dewael mit der flämischen Regionalregierung ein Abkommen über einen Abschiebestopp von minderjährigen Schülern zwischen den Osterferien und dem Ende des Schuljahres erzielt hat. Das Abkommen sieht vor, dass Minderjährige, deren Eltern eine Ausweisungsbefehl erhalten haben und die regelmäßig zur Schule gehen, eine Möglichkeit bekommen müssen, das Schuljahr zu beenden und die Prüfungen abzulegen und eine Bestätigung der Lernergebnisse oder ein Zeugnis erhalten. Die Minderjährigen werden außerdem nicht an den Schultoren oder in den Klassenzimmern aufgegriffen. Migration News Sheet, Mai 2007, S. 10
- Die britische Parlamentsabgeordnete Annette Brooke rief die britische Regierung am 25. April 2007 dazu auf, ihre Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention im Zusammenhang mit der Einwanderungskontrolle zurückzunehmen, da sie eine Verletzung der Konvention des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels, die Großbritannien unterzeichnet hat, darstellen.
<http://edmi.parliament.uk/EDMi/EDMDetails.aspx?EDMID=33130&SESSION=885>
- Der griechische Menschenrechtsausschuss ruft zu einen statusunabhängigen, erweiterten Schutz für alleinstehende Minderjährige auf. Nach Ansicht des Ausschusses ist der rechtliche Rahmen unzureichend und problematisch. Um den Schutz von ausländischen Minderjährigen zu gewährleisten, sind Abstimmung und Zusammenarbeit aller Stellen notwendig. Der Ausschuss betonte außerdem, dass alleinstehende Minderjährige als „besonders schutzbedürftige Gruppe“ eingestuft werden sollten, die im Aufnahmeland einen besonderen Schutzstatus genießen sollte. (Kerdos, 29. April)

- Am 16. Mai 2007 verurteilte das hohe Gericht in Madrid die lokalen Behörden und die spanische Regierung wegen Abschiebung eines „wehrlosen“ Minderjährigen mit einer Aufenthaltserlaubnis. Es ist das erste Mal, dass ein Höchstgericht in Spanien gegen die Abschiebung eines Kindes entschieden und Regierung und lokale Behörden zur Zahlung der Kosten eines Prozesses verurteilt hat, der im Juni 2005 begonnen hatte, als das Kind in sein Land abgeschoben wurde.
<http://medios.mugak.eu/noticias/noticia/98817>
- Die amerikanische Regierung verhinderte einen Besuch des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte von Migrant/inn/en im Einwanderungszentrum Hutto, Texas. Dort werden 400 Einwanderer einschließlich Kindern und Asylsuchenden festgehalten (*siehe „UN“ in diesem Rundbrief*). Anfang dieses Jahres hat die amerikanische Bürgerrechtsorganisation Civil Liberties Union im Namen von 12 Minderjährigen, die in der Einrichtung in Hutto festgehalten worden waren, ein Bundesverfahren angestrengt. Die Anklage lautet, dass die Kinder unmenschlicher Behandlung unterworfen worden seien. <http://www.democracynow.org/article.pl?sid=07/05/07/1411201>
- Die Brüsseler Jugendrechtsberatung organisierte eine Fortbildung zum Thema Familien mit unsicherem Aufenthaltsstatus. In der Fortbildung wurden die Themen Regularisierung, Abschiebehaft und Sozialleistungen behandelt.
http://www.sdj.be/fr/300_droits_des_jeunes.php#link_32
- Der Bericht von der Konferenz „Fokus Kinder in Migration“, die am 20. und 21. März 2007 in Warschau, Polen, stattfand, ist jetzt auf der *Separated Children in Europe Programme* Website abrufbar: http://www.separated-children-europe-programme.org/separated_children/publications/reports/index.html
- Das französische Netzwerk Bildung ohne Grenzen (RESF, *Réseau Éducation sans Frontières*) hat auf seiner Generalversammlung am 12. Mai beschlossen, dass es vom 13. bis 30. Juni eine Veranstaltungsreihe in ganz Frankreich abhalten und eine Initiative mit dem Titel „Lasst sie hier aufwachsen“ starten wird – eine landesweite Petition für die Regularisierung von undokumentierten Kindern und deren Familien. (*Siehe PICUM Rundbrief April 2007*)
<http://www.educationsansfrontieres.org/spip.php?article6091>
- Die britische Vereinigung der Sozialarbeiter stellte fest, dass Sozialarbeiter, die der Meinung sind, dass die Entfernung von unbegleiteten asylsuchenden Kindern aus der Betreuung durch Einwanderungsbeamte unethisch ist, die Zusammenarbeit verweigern sollten.
<http://www.communitycare.co.uk/Articles/2007/05/08/104406/social-workers-should-refuse-to-co-operate-with-unethical-removals-of-asylum-seeking-children- in.html>
- Das *Institute of Race Relations* (Institut für Rassenbeziehungen) hat einen neuen Bericht mit dem Titel „Auch sie sind Kinder: eine Studie der europäischen Abschiebungspolitiken“ (*They Are Children Too: A Study of Europe's Deportation Policies*). Der Bericht konzentriert sich auf Europas Behandlung von unbegleiteten Kindern, Kindern von asylsuchenden Familien und Kindern von Eltern ohne gültige Dokumente. 150 Fallstudien zu Abschiebung, Mittellosigkeit und Haft dienen dazu, die Aufmerksamkeit auf die systematische Verletzung von grundlegenden Menschenrechten von Kindern durch europäische Regierungen zu richten, die alle die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet haben. Die Autorin des Berichts, Liz Fekete, identifiziert quotenorientierte Abschiebungssysteme und ein System, das Ausländer/inne/n und Asylsuchenden weniger Rechte zugesteht, als Ursache der unmenschlichen Behandlung dieser Kinder durch die Regierungen. Quelle: ECRE Weekly Update 31th May, für weitere Informationen, siehe:
<http://www.irr.org.uk/2007/march/ak000019.html>

- Das *Refugee Studies Centre* (Zentrum für Flüchtlingsstudien) ist dabei, ein neues Projekt über junge undokumentierte Migrant/inn/en in Großbritannien (*Young Undocumented Migrants in the UK*) durchzuführen. Das Forschungsprojekt wird in Zusammenarbeit zwischen Prof. Roger Zetter vom RSC und Dr. Alice Bloch vom Institut für Soziologie der City University London durchgeführt. Es hat im April 2007 begonnen und wird bis Ende 2008 dauern. Es wird zu ihrem Verständnis über junge verwundbare Menschen beitragen, die am Rande der Gesellschaft leben. Siehe: http://www.rsc.ox.ac.uk/PDFs/rsc_update_no6.pdf

5. Veranstaltungskalender

- *Migrants Rights International* (MRI) organisiert einen *Global Community Dialogue* (GCD) zum Thema Migration, Entwicklung und Menschenrechte, parallel zum *Inter-governmental Global Forum on Migration and Development* (GFMD) in Brüssel, Belgien. Diese Veranstaltung soll zusammen mit December 18 und der Internationalen katholischen Migrationskommission (ICMC) stattfinden. Der GCD wird am 10. und 11. Juli 2007 in Brüssel stattfinden, und soll die Menschenrechte von Migrant/inn/en im Kontext der Förderung diverser Pläne rund um Migration und Entwicklung weiterentwickeln. Arbeitssprachen werden Englisch, Spanisch und Französisch sein. Teilnehmer des GCD werden Vertreter der Zivilbevölkerung, Migrant/inn/enorganisationen von der Basis, Gewerkschaften und Vertreter von Migrant/inn/enrechten sein. Workshops und Plenarsitzungen zu verschiedenen Themen bezüglich der Menschenrechte von Migrant/inn/en werden mit Migrant/inn/en / Einwanderern in Europa und aus der ganzen Welt stattfinden. Für weitere Informationen, kontaktieren Sie Baerbel Reissmann, *Migrants Rights International*: migrantsrightsinternational@gmail.com, oder Michele LeVoy, PICUM: michele.levoy@picum.org.
- Die Europäische Sommerschule über „Gesetzliche Lage und Politik der EU zu Einwanderung und Asyl“ (*European Union Law and Policy on Immigration and Asylum*) wird vom 2. bis zum 13. Juli 2007 an der Université Libre de Bruxelles stattfinden. Sie soll den Teilnehmer/innen ein gutes Verständnis der Einwanderungs- und Asylpolitik der Europäischen Union von einem juristischen Standpunkt vermitteln. <http://www.ulb.ac.be/assoc/odysseus/Summer07UK.html>
- Das *Correlation network* wird vom 27. - 29. September 2007 eine Konferenz über „Soziale Eingliederung und Gesundheit – Grenzüberschreitungen“ (*Social Inclusion and Health - Crossing the Borders*) in Sofia, Bulgarien, organisieren. Die Konferenz wird sich mit einem weiten Spektrum von Themen beschäftigen, und besonders auf das Thema des eingeschränkten Zugangs zu Gesundheits- und Sozialleistungen für ausgegrenzte Teile der Gesellschaft eingehen. <http://www.correlation-net.org/>

6. Veröffentlichungen

Poverty Among Migrants in Europe (Armut unter Migrant/inn/en in Europa), Policy Brief des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, analysiert das Armutsniveau unter Migrant/inn/en in 14 europäischen Ländern. Einwanderer aus Staaten außerhalb der EU sind manchmal einem vielfach höheren Armutsrisiko ausgesetzt als die einheimische Bevölkerung. EU- und Nicht-EU-Migrant/inn/en bilden in den meisten Ländern bezüglich ihrer Armutsgefährdung zwei eher abgegrenzte Gruppen. http://www.euro.centre.org/detail.php?xml_id=892

We Are Dying Silent – Prisoners of Destitution (Wir sterben still – Gefangene der Armut), des Jesuitischen Flüchtlingsdiensts in Europa. Dieser Bericht über undokumentierte Migrant/inn/en zeigt deren extrem erschwerten Zugang zu Gesundheitsfürsorge, Wohnung, Bildung, Arbeit oder Sozialleistungen, und wie diese dramatische Armut direkt mit Regierungspolitik zusammenhängt und zu

ernsthafter Schädigung der körperlichen und geistigen Gesundheit, zu Depressionen und Desorientierung und sozialer Ausgrenzung führt. <http://www.jrs.net/reports/index.php?lang=en>

Left Out: Roma and Access to Health Care in Eastern and South Eastern Europe (Außen vor: Roma und der Zugang zur Gesundheitsversorgung in Ost- und Südosteuropa) ist ein vom Roma Gesundheitsprojekt des Open Society Institutes produziertes Faktenblatt. Es unterstreicht die hauptsächlichen Hürden für Roma beim Zugang zu angemessenen und hochwertigen Gesundheitsleistungen. Es formuliert Empfehlungen an Regierungen, Mitglieder der Zivilgesellschaft, Spender/innen, Forscher/innen und Journalist/inn/en über notwendige Schritte zur Überwindung dieser Hürden.

http://www.soros.org/initiatives/health/focus/roma/articles_publications/publications/leftout_20070420

European Strategies for Reducing 'Unwanted' Immigration (Europäische Strategien zur Reduzierung "unerwünschter" Einwanderung) von Jørgen Carling, Dänisches Institut für Internationale Studien, April 2007. Die Publikation behandelt irreguläre Migration sowie "unerwünschte" reguläre Migration (z.B. Familienzusammenführung und Asylsuchende) und diskutiert staatliche Strategien zur Reduktion "unerwünschter" Einwanderung.

http://www.diis.dk/graphics/Publications/Briefs2007/Carling_europeanstrategies.pdf

Der Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Einwanderungsrecht ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten ist eine Dissertation von Marion Schmid-Drüner, veröffentlicht von NOMOS. Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass die staatlichen Interessen im Einwanderungsrecht in allen untersuchten EU-Staaten nahezu identisch sind, wobei die Umsetzung dieser Interessen in tatsächliche Gesetze widersprüchliche, diskriminierende und unangemessene Resultate zur Folge hat, die auch Menschenrechte verletzen. www.nomos.de/

Migrations en Russie. Populations fragilisées, premières victimes des crises politiques externes et internes (Migration in Russland. Verwundbare Bevölkerungsgruppen als erste Opfer der externen und internen politischen Krisen) ist ein Bericht des gemeinsamen Mission der Internationalen Vereinigung der Liga für Menschenrechte und des russischen Verbands Zivile Unterstützung, die im März 2007 in Moskau stattfand. Der Bericht kann unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

<http://www.fidh.org/IMG/pdf/ru0705rapportf.pdf>

7. PICUM-Nachrichten

- PICUM und das Europäische Netz gegen Rassismus (ENAR) haben am 6. Juni 2007 im Europäischen Parlament ein Essen der "Anti-Racism and Diversity Intergroup" (ARDI) organisiert. Das fraktionsübergreifende Treffen beschäftigte sich mit dem am 16. Mai 2007 von der Europäischen Kommission verabschiedeten Vorschlag einer EU-Richtlinie. Diese soll Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Arbeitgebern von Drittstaatsangehörigen schaffen, die sich irregulär oder unter Verletzung ihres Aufenthaltsstatus im Gastland aufhalten oder dort arbeiten. Das Ziel des Arbeitessens war die Bearbeitung der Frage nach der politischen Kohärenz in den Bereichen der irregulären Migration und der Erwerbstätigkeit. Weitere Informationen: www.picum.org.

8. Verschiedenes

- Vom 31. Mai bis zum 3. Juni fand in Paris das Festival itinErrance zu den Themen Exil und Migration statt. Geboten wurden verschiedene Dokumentationen, Foto- und

Gemäldeausstellungen, Theaterstücke, Konzerte, Debatten, etc.

<http://www.lesyeuxdanslemonde.org/itinerrance.html>

- DocHouse hat am 16. Mai in London den Film "Welcome Europa" (Frankreich, 2006, 90 Minuten) von Bruno Ulmer vorgestellt. Der Film folgt acht undokumentierten Männern, Kurden, Marokkanern und Rumänen, bei ihrem Kampf ums Leben auf den Straßen von Paris, Amsterdam und Madrid.
http://www.dothouse.org/screen_past.php
- Der französische Journalist Daniel Grandclément hat Bootsflüchtlinge aus Ostafrika quer über den Golf von Aden in den Jemen begleitet. Seine Dokumentation über diese „Höllenfahrt der Hoffnungslosen“ ist ein Zeugnis des Horrors einer solchen Fahrt. Die Menschen auf dem überfüllten Boot durften weder sprechen noch sich bewegen. Von den Menschenschmugglern wurden sie geschlagen und misshandelt. Am Ende der Reise wurden die Passagiere brutal ins Meer geworfen.
<http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6735752,00.html>
- Im Anschluss an das im Juni 2005 in Sevilla, Spanien, organisierte Seminar über die Externalisierung der Kontrollen an Europas südlichen Grenzen hat Migreurop am 28. und 29. Mai in Ljubljana einen Workshop abgehalten. Dieser beschäftigte sich mit den Konsequenzen der Externalisierung von Einwanderung und Asylpolitik an den östlichen Grenzen Europas.
<http://www.migreurop.org/article1055.html>

Besonderer Dank gilt Brita Pohl, Margret Müller, Julia Helber, Frederik Lottje, Marc Goldoni, Norma Fotsch, Anja Hartwig und Jan Kluck für die Übersetzung des Rundbriefs ins Deutsche und Brita Pohl für das Korrekturlesen.

Zum Abonnieren des PICUM-Newsletters bitte eine E-Mail an administration@picum.org mit „Subscribe-German“ als Betreff. Zum Kündigen bitte „Unsubscribe-German“ als Betreff.
